

Nur die Romandie und die beiden Basel sagten JA

Autor(en): Ohne Verfasserangabe

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1992

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/944911e9-02f0-436d-9d7f-e458def548c3>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Nur die Romandie und die beiden Basel sagten JA

Die Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)

Abstimmungszahlen

	Ja-Stimmen	Ja %	Nein-Stimmen	Nein %
Stadt	45 292	55,2	36 719	44,8
Riehen	6 887	56,9	5 212	43,1
Bettingen	340	53,5	295	46,5
Basel-Stadt	52 519	55,4	42 226	44,6
Basel-Landschaft	68 001	53,2	59 872	46,8
Gesamte Schweiz	1 762 936	49,7	1 786 121	50,3

16 Stände stimmten dagegen, 7 dafür.

Pressestimmen zur EWR-Abstimmung

«Hier il y eu au moins une bonne nouvelle: désormais, la Suisse romande existe. Elle a même une sœur. A Bâle.»

Michel Zendali, Le Nouveau Quotidien, 7.12.1992

«Die Westschweiz erstreckt sich von Genf über den ganzen Jura bis in die Basler Ecke. Wir sind die Ausnahme in einer durch die Sprache vorgegebenen politischen Geographie. Rudolf Moosbrugger, der frühere Leiter der Archäologischen Forschung in Basel, bekommt recht. Der Röstigraben lag ursprünglich oberhalb Basels am Hochrhein.» Markus Kutter, Basellandschaftliche Zeitung, 8.12.1992

«Die beiden Basel, deren bescheidener Einfluss in Bern ohnehin in einem krassen Gegensatz zu ihrer wirtschaftlichen und intellektuellen Potenz steht, wissen jedenfalls seit gestern abend, wo sie Verständnis, Unterstützung und gleiche Interessenlagen finden und Handlungsfähigkeit gewinnen können. Zwischen Genf und Basel, entlang

der Landesgrenze, gibt es nicht nur ungebrochene Zustimmung zum EWR, sondern neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit; Chancen für eine Entente der Unterlegenen und gleichzeitig für jene, die mit der ausländischen Nachbarschaft traditionellerweise verbunden sind, verbunden bleiben wollen und in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ihre Zukunft sehen.

Europa beginnt in der Schweiz, von der Mehrheit der Stimmbürger gutgeheissen, seit dem 6. Dezember 1992 im Westen des Landes, was gleichzeitig einem Auftrag an die entsprechenden Kantonsregierungen gleichkommt, neben der entsprechenden Innenpolitik auch eine entsprechende Aussenpolitik zu betreiben.»

Hans-Peter Platz, Basler Zeitung, 7.12.1992

«Tiefe Gräben gehen durch die Schweiz. Zwischen majorisierender Deutschschweiz und «europäischer» Romandie. Zwischen Stadt und Land. Zwischen Berg und industrialisierten Flachland. Zwischen der «Classe politique» und

dem Souverän. Zwischen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung. Da gibt es gar nichts zu deuteln: Mag das Verdikt des Volkes noch so knapp sein, das Schweizer Urteil (mit dem Ständemehr) ist deutlich. (...) Nötig ist das Gespräch: auf dass wir nach dieser unsäglichen

Kampagne und erst recht mitten im wirtschaftlichen Tief wieder lernen miteinander zu reden. Denn letztlich wollen wir beitriffsfähig werden, weil wir jetzt noch nicht beitreten wollen.»

Franz C. Widmer, Basellandschaftliche Zeitung,
8.12.1992

Zusammenarbeit notwendiger denn je

Stellungnahme der Basler Regierung vom 8. Dezember 1992

«Die Behörden des Kantons Basel-Stadt haben sich in den vergangenen Jahrzehnten um intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit bemüht. Sie versuchten dabei die begrenzten Möglichkeiten einer «kleinen Aussenpolitik», die einem Kanton zugebilligt werden, wo immer möglich zu nutzen und zum Wohl der ganzen Region einzusetzen. Mit dem Nein zum EWR-Beitritt haben sich die Hoffnungen zerschlagen, in diesen wichtigen Fragen wesentlich bessere Voraussetzungen zu erlangen.

Diese Hoffnungen hegen auch unsere elsässischen und badischen Nachbarn. Die Chance, aus drei nationalen Randregionen eine äusserst attraktive zentrale Wirtschaftsregion in Europa zu werden, ist damit vertan. Das heisst, dass reelle Entwicklungschancen auch unserer ausländischen Nachbarn, durch unseren Entscheid zumindest stark reduziert werden. Es ist deshalb dem Regierungsrat ein Anliegen, unseren ausländischen Regionalpartnern zu versichern, dass die Ablehnung des Abkommens keine Auswirkungen auf die bewährte Politik grenzüberschreitender Zusammenarbeit haben wird. Er gibt seiner grossen Hoffnung Ausdruck, dass unsere ausländischen Nachbarn uns weiterhin Verständnis entgegenbringen, damit gemeinsam neue Wege gefunden werden, die Region zu stärken und als Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten. Solche Zusammenarbeit könnte einen wesentlichen Beitrag leisten, den Schaden, der durch die neue Situation für die ganze Region entstehen könnte, zu begrenzen.

Der europäische Binnenmarkt wird im nächsten Monat, keine fünf Kilometer vom Basler Marktplatz entfernt, wirtschaftliche Realität sein. Die EFTA-Staaten mit Ausnahme der Schweiz werden sich diesem Wirtschaftsraum ebenfalls anschliessen. Die Befürchtungen für den Wirtschaftsraum Basel, die der Regierungsrat vor der

Abstimmung deutlich ausgesprochen hat, bestehen auch nach der Abstimmung. Der Regierungsrat wird sich jedoch dafür einsetzen, dass diese Befürchtungen nicht auch noch Realität werden.

Der Regierungsrat hat mit Besorgnis die grossen und einschneidenden Unterschiede in der Volkmeinung der deutschen und der welschen Schweiz zur Kenntnis genommen. Er ist der Ansicht, dass es nun gilt, mit positiven Zeichen und Massnahmen zu verhindern, dass neben den möglichen wirtschafts- und aussenpolitischen Problemen nicht auch noch gravierende innenpolitische Probleme entstehen. Der Regierungsrat wird deshalb bei Bund und insbesondere den deutschschweizer Kantonen Initiativen ergreifen, damit so rasch als möglich Gespräche unter den Kantonen und mit dem Bund aufgenommen und konkrete Lösungen gemeinsam erarbeitet werden können.

Die politischen Kräfte in Bund und Kantonen haben in den letzten Monaten durch ausserordentliche Anstrengungen und grosse Konsensfähigkeit Verbesserungen des schweizerischen Rechts in die Wege geleitet. Viele dieser Verbesserungen wurden auch von EWR-Gegnerinnen und -Gegnern als solche anerkannt. Sie forderten, dass diese jedoch nicht aufgrund von EG-Rechtsakten, sondern durch eigenständiges schweizerisches Handeln eingeführt würden. Der Regierungsrat vertritt die Auffassung, dass dieser wesentliche Punkt des Alleingang-Szenarios mit deutlich spürbarem politischen Willen aufzunehmen ist. Es sollen deshalb Anstrengungen unternommen werden, um diejenigen Teile des neu erarbeiteten Rechts im ordentlichen Verfahren einzuführen, die sich hierfür eignen. Der Regierungsrat erwartet von den eidgenössischen Räten zu gegebener Zeit entsprechende Initiativen und hofft hiebei auch auf die Unterstützung anderer Kantonsregierungen. Wir sind überzeugt, dass durch solche zukunftsgerichteten Massnahmen auch zur Bereinigung der stark zu Tage getretenen innerschweizerischen Differenzen beigetragen werden kann.»